

UN-Studie „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“

Die UN-Generalversammlung hat 2001 Professor Paulo Sérgio Pinheiro als unabhängigen Experten beauftragt, das weltweite Phänomen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche zu untersuchen.

Die Studie wurde in einem partizipativen Prozess erstellt, der regionale, sub-regionale und nationale Konsultationen umfasste und durch thematische ExpertInnenentretreffen und Studienbesuche ergänzt wurde. Unterstützung kam von Regierungen, regionalen und zwischenstaatlichen Institutionen, verschiedenen Organisationen der UN (OHCHR, UNICEF, WHO), von der Zivilgesellschaft und von Kindern. Am 12. Okt. 2006 wurde die Studie vom UN-Generalsekretär veröffentlicht.

Die Studie zeigt ein globales Bild von Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und enthält Empfehlungen, wie diese zu verhindern bzw. wie darauf zu reagieren ist.

Sie bietet Informationen über das Vorkommen verschiedener Formen von Gewalt gegen Kinder in Familie, Schulen, Betreuungseinrichtungen wie Heimen, Gefängnissen, Arbeitsplätzen und Gemeinden.

Gewalt gegen Kinder ist multidimensional, sie fordert daher eine vielschichtige Antwort. Die Studie führt menschenrechtliche, öffentliche Gesundheits- und Kinderschutzperspektiven zusammen. ExpertInnen haben die Ursachen, Konsequenzen und Möglichkeiten der Prävention von Gewalt untersucht und die Dringlichkeit der Prävention vor und des Schutzes bei Gewalt unterstrichen.

„Keine Gewalt gegen Kinder ist zu rechtfertigen, jede Gewalt ist zu verhindern!“

Und dennoch bestätigt die UN-Studie, dass diese Gewalt in allen Ländern der Welt existiert – quer durch alle Kulturen und Ethnien, Klassen, Bildungs- und Einkommensschichten. Im Gegensatz zu bestehenden Menschenrechtsverpflichtungen und den Bedürfnissen von Kindern ist sie überall gesellschaftlich akzeptiert und häufig sogar – als „Erziehungsmittel“ uminterpretiert – rechtlich zulässig.

Die Besonderheit von Kindern – ihre Fähigkeiten und ihre Verletzlichkeit sowie ihre Abhängigkeit von Erwachsenen – fordert einen speziellen Schutz vor Gewalt. Jede Gesellschaft, unabhängig von ihrer kulturellen, ökonomischen und sozialen Situation kann und muss Gewalt gegen Kinder stoppen. Und das heißt nicht nur, dass die Täter bestraft werden müssen, sondern dass das Denken generell geändert werden muss und mit ihr die ökonomischen und sozialen Umstände, die mit Gewalt assoziiert werden.

Gewalt gegen Kinder – ein globales Problem

Obwohl es Studien über grausame und erniedrigende Bestrafung, Beschneidung von Mädchen, Vernachlässigung, sexuellen Missbrauch, Tötung und andere Formen von Gewalt gibt, wurde der Umfang und die Dringlichkeit des globalen Problems erst kürzlich offenkundig. (A.Reza, J.A.Mercy und E.Krug „Epidemiology of violent deaths in the world“, 2002)

Versteckt, kaum aufgezeichnet, wenig berichtet...

Gewalt gegen Kinder ist nach wie vor aus verschiedenen Gründen versteckt: Aus Furcht, weil Täter häufig jene Menschen sind, die Kinder eigentlich beschützen sollten – Eltern, Familienmitglieder, Schulkollegen oder mächtigere Mitglieder der Gesellschaft – und weil es keine sicheren und vertrauenswürdigen Möglichkeiten gibt, den Missbrauch zu berichten. Und dort, wo es Daten gibt, sind diese nicht vollständig, konsistent oder transparent. Besonders wenige Daten gibt es über Gewalt

UN-Studie „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“

gegen Kinder in Heimen und Gefängnissen. Und selbst wenn Vorkommnisse dokumentiert werden, sind Institutionen nicht verpflichtet, diese Informationen bekannt zu machen, nicht einmal den Eltern der betroffenen Kinder.

Dennoch liegen Zahlen aus unterschiedlichen Studien und Initiativen vor, die die Breite der Gewalt gegen Kinder zeigen:

- 53.000 Kinder wurden 2002 weltweit getötet (WHO).
- 20 – 65 % der Schulkinder in Entwicklungsländern erleben verbales und physisches Bullying, das auch in industrialisierten Ländern sehr verbreitet ist (WHO-HBSC).
- Schätzungen der WHO zufolge erlebten 150 Mio Mädchen und 73 Mio Buben sexuelle Gewalt.
- 100 – 140 Mio Mädchen und Frauen wurden beschnitten (WHO, 2000).
- 218 Mio Kinder wurden 2004 zur Kinderarbeit herangezogen, 126 Mio davon sogar zu gefährlicher Arbeit. Schätzungen von 2000 sagen, dass 5,7 Mio Kinder Zwangsarbeit leisten mussten, 1,8 Mio waren zur Prostitution und Pornographie gezwungen und 1,2 Mio Kinder waren Opfer von Kinderhandel (ILO, 2002).

Schlussfolgerungen

Es gibt Fortschritte aber vieles bleibt zu tun, zahlreiche Faktoren reduzieren die Wirkung von durchgeführten oder geplanten Maßnahmen gegen Gewalt an Kindern:

- Mangelndes Wissen und Verständnis von Gewalt gegen Kinder und ihre Ursachen, wozu der Mangel an Statistiken und Daten beitragen
- Die Bemühungen gegen Gewalt sind oft reaktive, fokussieren auf Symptome und Folgen, nicht auf die Ursachen
- Strategien sind fragmentiert statt integriert und sind finanziell unzureichend ausgestattet
- Internationale Bekenntnisse, Kinder vor Gewalt zu schützen werden oft nicht in Taten auf nationaler Ebene umgesetzt.

Aus den Forschungsarbeiten und den Aussagen der am Studienprozess beteiligten Jugendlichen wird deutlich, dass die international gemachten Zugeständnisse weit von der Einlösung entfernt sind. Die Hauptaussage der Studie ist:

Keine Gewalt ist zu rechtfertigen, jede Gewalt ist vermeidbar. Es gibt keine Entschuldigungen mehr. Mitgliedsstaaten müssen jetzt mit größter Dringlichkeit ihre Menschenrechtsverpflichtungen einlösen und den Schutz vor allen Formen von Gewalt sicherstellen. Während die Staaten für die Gesetzgebung zuständig sind, teilen alle Sektoren der Gesellschaft, alle Individuen die Verpflichtung, Gewalt gegen Kinder zu verurteilen und zu verhindern und Opfern von Gewalt zu helfen.

Da die Konsequenzen von Gewalt von ihrer Natur und Schwere abhängen, hat auch die Reaktion auf Gewalt sehr vielfältig zu sein und die Art der Gewalt, die Täter und das Umfeld, in dem sie stattfindet – Familie, Schule, Heimen, Arbeitsplatz, usw. – sowie das Kindeswohl zu berücksichtigen.

UN-Studie „Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“

Empfehlungen aus der Studie sind daher:

- Gewalt gegen Kinder ist *nicht zu rechtfertigen*. Kinder brauchen zumindest so viel Schutz wie Erwachsene.
- Jede Gewalt ist vermeidbar. Regierungen müssen wissenschaftlich abgesicherte Programme finanzieren, die auch die Ursachen von Gewalt berücksichtigen. (*Präventionsprogramme* wie kinderfreundliche Politik, öffentliche Informations- und Trainingsprogramme etc.)
- Die Regierungen sind hauptverantwortlich für den Schutz von Kindern und den Zugang zu *Gewaltschutzeinrichtungen* sowie für die Unterstützung von Familien, damit diese ihren Kindern ein sicheres Aufwachsen ermöglichen können. Auch der Zugang zum Gesundheitswesen, zu sozialen und rechtlichen Beratungseinrichtungen und Beschwerdestellen (Kinder-/Jugendanwaltschaften etc.) muss gewährleistet sein, für eine adäquate Unterstützung im Fall von Gewalt.
- Die Regierungen haben die Verpflichtung, *TäterInnen zur Verantwortung* zu ziehen.
- Bis 2009 sollen die Staaten alle Formen von Gewalt (physische, psychische, sexuelle, traditionelle,...) *verbieten*.
- Die Verletzbarkeit von Kindern ist an ihr Alter und ihre jeweiligen altersgemäßen Fähigkeiten gebunden. Manche Kinder sind *besonders gefährdet*: abhängig vom Geschlecht, Rasse, ethnische Herkunft, Behinderung oder sozialem Status.
- Kinder und Jugendliche haben das Recht, ihre *Meinung* zu äußern; diese muss in der Entwicklung und Implementierung von Programmen und Maßnahmen berücksichtigt werden.

Original-Kurzfassung der UN-Studie: Siehe „Linktipps“ zum herunterladen